

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Kontakto: Schöb. Staatsbank, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, R.-G., Dresden.  
Gebrüder Henbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Besetzung der Redaktion der Redaktion der Dresdner Volkszeitung einen Anschlag auf die Redaktion des Blattes oder auf die Redaktion der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Postwertlohn mit der nächsten Unter-  
postanweisung: 240 R.M., halbjährlich 120 R.M., einjährig 240 R.M.  
Telegraphisch: Dresden: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Beilinerstr. 18, Dresden, Nr. 2381. Druck-  
stunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Verantwortlicher: Beilinerstr. 18, Dresden, Nr. 2381 und 12 307.  
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr mittags.

Abonnementpreis, Grundpreis, die 30 mal breite Monatszeitung  
je 25 R.M., die 90 mal breite Monatszeitung 200 R.M., für auswärtige  
Abnehmer 40 R.M. und 250 R.M. einschließlich Post- und Ver-  
sendungsgebühren. Für Einzelnummern 10 R.M.

Nr. 110

Dresden, Dienstag den 14. Mai 1929

40. Jahrgang

## Die schwierige Regierungsbildung

Das Echo der Landtagswahl in der bürgerlichen Presse — Die unwillkommenen Hakenkreuzler — Demokraten rufen nach großer Koalition

Der Wahlausfall in Sachsen hat auch im bürgerlichen Lager nicht allzuviel Freude herbeigerufen. Die Stimmen der Presse lassen meist erkennen, daß dort eine einigermaßen lagenförmliche Stimmung herrscht, weil man nicht recht weiß, wie es in Zukunft weitergehen soll. Mit Genugtuung verzeichnet selbstverständlich die Rechtspresse, daß die Wähler keine proletarische Mehrheit gebracht haben. Aber in diesen Freudenbecher ist gleich der aus fünf Nationalsozialisten bestehende Vermutungsbecher gefallen.

Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten meinen, es wäre übertrieben, in laute Jubelrufe auszubrechen, man dürfe aber die Genugtuung darüber empfinden, daß die große Gefahr einer linken Gewalt Herrschaft abgewehrt wäre. Dann wird gesagt:

Dabei ist nicht zu verkennen, daß sich trotzdem die Regierungsbildung im neuen Landtag sehr schwierig gestalten wird. Die bisherige Koalition von den Nationalsozialisten zu den Deutschnationalen ist zwar rechtlich knapp möglich. Aber die Lage ist doch grundlegend verändert worden, daß die Nationalsozialisten durch ihre Halbierung auch die bestehende Stellung verloren haben, und daß an ihrer Stelle die Kampfmannschaft der Nationalsozialisten im Ausschlag gibt. Es liegt auf der Hand, daß auf diese Weise die Regierungsbildung und später das Regieren nicht einfacher wird. Es wird eines starken Zusammenhanges im bürgerlichen Lager und großer Entschlossenheit bei allen Parteien bedürfen, um das sachliche Staatsgeschäft über das wünschenswerte Meer der Zukunft zu steuern. Doch das sind Sorgen und Aufgaben von morgen.

Auch dem Blatt des Herrn Klüber, dem Dresdner Anzeiger, ist nicht übermäßig wohl. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß sich an den Mehrheitsverhältnissen im Landtag wenig geändert habe, und verweist dann auf die ausschlaggebende Rolle der Nationalsozialisten. Das Blatt führt dann weiter aus, daß eine Koalition mit der Sozialdemokratie eine ziemlich große Mehrheit zusammenfassen könne, aber man werde wahrscheinlich ohne die Sozialdemokratie arbeiten müssen, was aber genau so wie bisher keineswegs bedeutet, daß man gegen die Arbeitererschaft arbeite. Dann wird weiter gesagt:

Allerdings sind die Verhältnisse viel schwieriger geworden, weil eben jetzt die Nationalsozialisten den Ausschlag geben werden. Und daß man mit ihnen niemals als Partner rechnen kann, lehren die Erfahrungen hier in Sachsen und auch in anderen Parlamenten. Deshalb die Forderung, daß sie sich ihrer schweren Verantwortung in Zukunft stets bewußt sein müssen. Sie in die Regierung hereinzunehmen, werden sie selbst kaum wünschen, aber Unterstützung aber kann keine Regierung, die sich auf die bestehende Koalition stützt, entbehren.

In seinem heutigen Morgenblatt nimmt der Dresdner Anzeiger Bezug auf demokratische Presseäußerungen, die eine große Koalition fordern, und meint dazu unter anderem auf die in der sozialdemokratischen Presse angeführten Forderungen, es sehe ganz und gar nicht so aus, als würde ein etwaiger Versuch, mit den Sozialdemokraten zu einer Koalition zusammenzukommen, Erfolg haben. Könnte es doch dazu, dann würde das Experiment zweifellos bald scheitern.

Es heißt übrigens ein falsches Bild von dem bisher beschriebenen geben, wenn der Dresdner Anzeiger behauptet, es sei bisher in Sachsen nicht gegen die Arbeitererschaft gearbeitet worden. Vieles, was sich der Selbst-Hochleistung hat die Interessen der Arbeitererschaft aufs schwerste geschädigt.

Die demokratische Presse, der bei dem Gedanken recht unwohl wird, daß die künftige Regierung sich auf die Arbeiter-Kräfte stützen müßte, wird recht eifrig um die große Koalition. So schreiben die bekanntlich sehr gemäßigten demokratischen Dresdner Neuesten Nachrichten:

Die Sozialdemokratische Partei allein kann keine Regierung bilden. Sie könnte es selbst zusammen mit den Kommunisten nicht. Genau so aber sieht das Ding von der anderen Seite betrachtet aus. Es sei denn, daß man etwa daran denke, eine Regierung zu bilden aus allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Diese Mehrheit von 21 Sitzen gegen 46 besteht zahlenmäßig. Aber eine Regierung, die so gebildet würde, könnte schon deshalb nicht bestehen, weil man sich nicht vorstellen kann, daß die Volkspartei und die Demokraten in einer Regierung zusammenhaken könnten mit einer nationalsozialistischen Minister. Aber selbst wenn man eine derartige Koalition zusammenbrächte, ohne daß die Nationalsozialisten einen Minister in der Regierung hätten, könnten sich die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Sozialisten leistungsfähig fassen in einer Regierung, die abhängig wäre von den Nationalsozialisten? Das Herdritzt Adolf Gitters aus München wäre so wenig zu ertragen wie die Mitwirkung einer Partei, die ihr Diktat aus Moskau bezieht.

Man mag die Dinge anschauen, wie man will, so wie der Landtag mit seinen zehn Fraktionen aussieht — wobei praktisch die Partei des Sächsischen Landvolks den Deutschnationalen zu-

zurechnen ist, mit denen sie ja zweifellos in allem zusammengehen wird —, kommt kein vernünftiger Mensch daran vorbei, daß das Gegebene die große Koalition ist. Die große Koalition würde, wenn sie nur bestünde aus den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und den Sozialdemokraten, 50 Sitze von 96 innehaben. Sie könnte rechnen auf die Neutralität der Nationalsozialisten und der Volkspartei. — Natürlich kann auch mit der Möglichkeit eines Wandertentativs gerechnet werden, aber die Erfahrung lehrt, von welcher Schwäche jähenden eine derartige Regierung dauernd geplagt ist.

Die linksdemokratische Neue Leipziger Zeitung drückt sich natürlich erst recht in diesem Sinne aus. Das Blatt schreibt:

Die ausschlaggebende Rolle, die bisher die NSD. in Dresden inne hatte, würde nach der neuen Konstellation den Nationalsozialisten zufallen, und das dürfte selbst für die Deutschnationalen ein schwieriges Experiment werden. Für die Demokraten und auch für die Volkspartei können wir uns einfach ein Votieren mit den Nationalsozialisten nicht vorstellen. Jeder Versuch wäre von dem Scheitern von vornherein abhängig, deren höchstes Interesse es doch ist, wenn man ihr Programm erst nehmen will, das parlamentarische System zu zertrümmern.

Wir glauben, daß jeder von jedem denkenden Staatsbürger seit zehn Jahren erhoffte Moment gekommen ist, endlich den Parlamentskrieg in Sachsen abzubrechen und die große Koalition der Mitte herzustellen. Der Volkspartei, die aus diesem Wahlkampf auf bürgerlicher Seite als Sieger und Hauptgewinner hervorgegangen ist, fällt jetzt die Rolle zu, die SPD. von der für das ganze Land vererblichen Zuschußung mit den Kommunisten zu lösen.

Das Leipziger Scharfmeißelblatt, die Leipziger Neuesten Nachrichten, hingegen möchte das Geschäft sehr gern mit den Nationalsozialisten machen. Sein Ziel ist die Wiedererrichtung eines Bürgerbaus. Für den Gedanken der großen Koalition hat dieses Blatt sehr wenig übrig. Wir lesen dort:

## Kommunistische Rüpelkomödie

Aus dem Preussischen Landtag wird und geschrieben: Der blutige 1. Mai in Berlin hatte am Montag im Preussischen Landtag ein geradezu schamloses Nachspiel.

Die Kommunisten begründeten die Währungsreform gegen den Willen der Präsidenten und den Innenminister, gestützt auf ihre Darstellung der Vorgänge des 1. Mai. Niemand hat es wohl anders erwartet, als daß die Kommunisten die Schuld für die 23 Opfer der Polizei auf sich und ihre über deren „Gewalttätigkeit“ sehr entrüstet würden. Das mußten sie ja schon, um ihre eigene Schuld zu verdecken. Wer was am Montag im Preussischen Landtag geschah, war

eine widerliche Entrüstungskomödie.

Komödie deshalb, weil die kommunistische Entrüstung sich zwar in rohen Schimpereien ohne Zahl äußerte, aber nicht in einem Augenblick aus ethischer innerer Empörung kam. Man schimpfte, man machte Reden, man rief, weil es so Parole war, aber man blieb selbst eisig kalt. Die Präsidenten Barthelemy und von Kries waren gesungen, 12 Kommunisten von der Sitzung ausgeschlossen. Sie zogen unter erbärmlichen Klagen ab. Kann man sich etwas Niederes vorstellen als den Auszug des ersten ausgeschlossenen Kommunisten Jendrecht, der im Hofraum-Hinfort zum Sitzungssaal hinausmarschierte, plötzlich umkehrte und mit Stentorstimme verkündete: „Ich bin der Sitzungsaal verließ, noch ein dreifaches revolutionäres Moskrot!“. Oder kann man an eine wirkliche innere Erregung glauben, wenn die ganze kommunistische Fraktion auf die Aufforderung des Präsidenten Barthelemy, er werde jeden ausschließen, der nicht auf seinen Platz gehe, artig die Plätze einnahm? Nicht mit Unrecht wurde ihnen zugeraut:

Es lebe die Weltrevolution im Sinne für 25 Markt Dänen!

Innenminister Erzeginitz und Abg. Garnaß (Soz. Reichst.) legten am Rand eines überfüllten Materials dar, wie die Kommunisten die blutigen Zusammenstöße planmäßig provoziert und organisiert haben. Nichts überzeugender war der Nachweis, daß

die Berliner Arbeiterschaft mit der ganzen kommunistischen Aktion nicht das geringste zu tun haben wollte.

Die Arbeiter sind nicht auf die Straße gegangen, trotz der kommunistischen Uge, das Demonstrationsrecht werde aufgehoben, und an dem kommunistischen Generalstreik haben sich von rund einer Million Berliner Arbeiter noch keine zehntausend Mann beteiligt.

Die hängelnden Parteien sollten ebenfalls die Schuld der kommunistischen Heberei und des Moskrot Befehls sein, der die blutigen Ereignisse des 1. Mai angeordnet hatte. Sie nahmen die Polizeibeamten aus gegen die Anwaltschaft gemäßigter demokratischer Mütter Berlin entschieden in Schutz. Die Reichsparteien freilich fanden, daß Erzeginitz und Garnaß, „dies ja schimpf“ vorgegangen seien, weil sie sich immerzu mit der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften verhandelt hätten. Man hätte viel früher

Was wird der neue Landtag bringen? Können wir behaupten, mit den Nationalsozialisten werde schwer zusammenzuarbeiten sein. Im demokratischen Lager ist es schon nach der großen Koalition. Ganz so eilig wird es wohl das Bürgerium damit nicht haben. Die Sozialdemokratie war es, die die Auflösung des Landtages erzwungen hat; sie hätte im letzten Landtag bei einer Abkehr von der radikalen Phrase die große Koalition mehrfach haben können. Statt dessen ging sie mit den Kommunisten durch und dann. Solange dieser radikale Geist in der sächsischen Sozialdemokratie lebt, ist mit ihr nicht zu partieren. Die natürliche Lösung ist, in richtiger Wertung des Wahlergebnisses, die Bildung einer Koalitionsregierung auf der Grundlage der alten Landtages, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialisten. Das ergibt eine Mehrheit von 46 Stimmen gegen 45 linksradikale. Die Nationalsozialisten werden sich, als Partei nationaler und sozialer Volkens, einer Unterstützung dieser Regierung nicht entziehen können.

Das Blattlein der NSD. tröstet sich über seinen Mandatsverlust damit, daß es seinen Anteil über die Wahl überstreicht: Wir kommen wieder voran. Das Blatt ist offenbar sehr stolz darauf, daß es der NSD. gelungen sei, seit der letzten Reichstagswahl wieder 5000 Stimmen zu gewinnen. Die NSD. ist nicht allzu unzufrieden damit, daß sie das „Nach der hauptsächlichsten Regierungsverantwortung“ für die kommende Zeit nicht mehr zu tragen braucht. Sie dränge nach der ungeheuerlichen Belastung der letzten Jahre eine Erholung und eine Entfaltung ihres Angriffswillens. Am Schluß seiner Ausführungen redet das Blatt davon, daß zu guter Letzt nationalsozialistische Minister präsentiert werden können, sagt aber nicht, was die NSD. in diesem Falle tun würde. Die NSD. ist den Nationalsozialisten in vieler Beziehung so nahe gerückt, daß sie wahrscheinlich einen oder mehrere nationalsozialistische Minister gar nicht als so unerträglich empfindet.

Die Sächsische Staatszeitung des Herrn

und viel scharfer schießen müssen und von vornherein Kanonen und Tränengas gegen die Auftrichter anzuwenden sollen. Mit solchen Methoden hätte man freilich die Berliner Arbeiterklasse den Kommunisten zugezogen und deren Verrohung befestigt, statt ihnen eine gründliche Bußpredigt beizubringen. Die Debatte wird Dienstag zu Ende geführt.

Die Kommunisten betrogen sich wie gemeingefährliche Rüpel. Sie brüllten den Minister minutenlang an: Muthund, Arbeitermörder, politischer Gauner, blutiger Schuft, fleischender Kettenhund usw. Nach einer Viertelstunde solden Lobens würdige der Präsident die Sitzung aufheben. Der Minister kam nicht zu Worte. In der zweiten Sitzung wiederum Gebrüll. Nach fünf Minuten Ministerrede verhinderte der Radau jede Verhandlung. Zweite Sitzungsaufhebung. In der dritten Sitzung neuer Alamauf. Ein ausgeschlossener Kommunist klettert die Tribüne, stellt sich neben den Minister und beginnt wahrheitsgemäß zu brüllen. Ahermals muß die Sitzung aufgehoben werden. Die deutsche Sprache enthält keine gemeinen und gemeinsten Zoten, die nicht tausendmal gebrüllt wurden. Das Parlament soll totgebrüllt werden, auf daß die schamlosen Radauhelden über das preussische Volk diktieren können. Das wären keine Ausfichten!

## Die ersten Berliner Verurteilungen

Schnellstutz — Polizeizugewen

D. Das Berliner Schöffengericht, Berlin-Mitte, verurteilte am Montag im Schnellverfahren drei Teilnehmer an den kommunistischen Demonstrationen des 1. Mai — alles Arbeiter — zu 8, 6 und 7 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Der erste Angeklagte war von Polizeibeamten dabei angetroffen worden, als er einen Stein und ein Stuhlbein in der Hand hatte. Ihm wurden acht Monate Gefängnis zubilligt. Der zweite Angeklagte soll mit einem Stein auf Polizeibeamte geworfen haben. In dessen Besitz er die Tat und benannte seinen Bruder als Entlastungsgewen. Diesen Antrag ließ das Gericht jedoch unbeachtet. So verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Der dritte Angeklagte wird beschuldigt, einen Studenten, der die Polizei unterjochte hatte, geschlagen und aus andere Demonstranten gegen ihn gehetzt zu haben. Er erhielt sieben Monate Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt. Ein vierter Angeklagter war verurteilt worden, weil man einen Schlagring in seiner Tasche gefunden hatte. Er wurde freigesprochen.

Als Zeugen traten nur Polizeibeamte auf.